

Wahlprüfstein BiNe - Bisexuelles Netzwerk e. V. (www.bine.net - Quellen (1-28) siehe hier)

Ihre Frage	Unsere Antwort
<p>Coming-out</p> <p>Bisexuelle (Bi+) outen sich deutlich später (1), dabei sorgt Coming-out deutlich für Zufriedenheit (2). Es gibt bislang 0 geoutete bi+ Bundestagsabgeordneten –anders in anderen Staaten (3). Niemand muss sich outen, aber haben Sie geoutete (!) bi+ Politiker*innen in Ihrer Partei wahrgenommen? Wen?</p>	<p>Die SPD steht für eine Gesellschaft des Respekts. Eine Gesellschaft, in der wir uns gegenseitig anerkennen. Die SPD steht für gleiche Teilhabe und gleiche Lebenschancen für alle. Wir stellen uns konsequent gegen jede Form von Diskriminierung, egal ob es um soziale Herkunft, Geschlecht, Migrationsbiografie, Religion, Behinderung oder sexuelle Orientierung geht. Unser Ziel ist eine offene Gesellschaft, in der alle Menschen frei und selbstverständlich über ihre sexuelle Orientierung sprechen können.</p>
<p>Gesundheit</p> <p>Bisexuelle Frauen sind deutlich häufiger als andere Opfer von Vergewaltigung und Gewalt: 61% vs. maximal 44% (4). Junge Bi+ neigen zu Drogenmissbrauch (5). Bi+ haben ein höheres Risiko, unter Krankheiten zu leiden (6). Welche Maßnahmen speziell für Bisexuelle planen Sie im Gesundheitssystem?</p>	<p>Es ist Aufgabe der gesetzlichen Krankenversicherung, allen Versicherten Zugang zu den notwendigen Leistungen der Gesundheitsversorgung diskriminierungsfrei und bedarfsorientiert zu ermöglichen. Gesundheitspolitik muss dafür sorgen, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen dies in allen Versorgungsbereichen möglich machen. Mit dem Gesetz zur Stärkung von Gesundheitsförderung und Prävention haben wir 2015 das Ziel Geschlechtergerechtigkeit in der Prävention und Krankenbehandlung gesetzlich verankert. Es ist damit für alle Leistungserbringer und die gesetzlichen Krankenkassen verbindlich. Damit Leistungserbringer in den unterschiedlichen Professionen diesem Ziel auch gerecht werden können, ist eine geschlechtersensible Lehre unerlässlich.</p>

	<p>Die SPD wird sich auf allen Verantwortungsebenen und gegenüber den unterschiedlichen verantwortlichen Institutionen dafür einsetzen, dass die Geschlechterperspektive in der Aus-, Fort- und Weiterbildung stärker zum Tragen kommt, als das bisher der Fall ist.</p> <p>Mit dem Förderschwerpunkt „Spezifische Besonderheiten in der Gesundheitsversorgung, Prävention und Gesundheitsförderung“ werden seit 2020 durch das Bundesministerium für Gesundheit Vorhaben gefördert, die geschlechtsbedingte gesundheitliche Ungleichheiten identifizieren und die Qualität der Versorgungsangebote verbessern sollen. Für drei konkrete Förder-Module sind zusammen rund 3,5 Mio. Euro eingeplant. Die SPD unterstützt diesen Forschungsansatz ganz ausdrücklich und wird prüfen, an welchen Stellen er auszubauen ist.</p>
<p>Aufklärung in der Schule</p>	
<p>86% der Bi+ wünschen sich mehr Aufklärung über Bisexualität in der Schule (7). Materialien auf bine.net/schule. In der Schulpraxis wird Bi+ meist verschwiegen. Junge bi+ sind keine Minderheit: 39% (8). Wie wollen Sie es fördern, dass Schüler*innen konkret über Bisexualität aufgeklärt werden?</p>	<p>Der Bund kann im Rahmen seiner verfassungsrechtlichen Zuständigkeiten keine Lehrpläne und deren Umsetzung vor Ort in den Schulen gestalten. Deshalb setzt sich die SPD im Bund vielmehr für gute Ganztagschulen ein, die erstklassig ausgestattet viel Zeit zum gemeinsamen Lernen bieten. Wir wollen dabei grundsätzlich eine Individualisierung der Lehr- und Lernprozesse an Schulen vorantreiben und Schüler*innen bestmöglich fördern. Zudem wollen wir Räume für fächerübergreifenden Kompetenzerwerb und das Denken in Zusammenhängen öffnen. Hierzu gehört auch projekt- und kompetenzorientiertes Lernen. Dies schließt für uns unbedingt auch die Aufklärung über Bisexualität mit ein.</p>
<p>Aktionsplan gegen LSBTI*-Feindlichkeit</p>	

<p>Es gibt in allen Bundesländern einen Aktionsplan gegen LSBTI*-Feindlichkeit, nur in Bayern und auf Bundesebene nicht (9). Welche Inhalte sind Ihnen in so einem Plan wichtig, auch Bi+Inhalte? Werden Sie sich in jeder Koalition dafür einsetzen?</p>	<p>Die SPD war und ist die zentrale politische Wegbereiterin der rechtlichen und gesellschaftlichen Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans-, Inter- und queeren Menschen (LSBTIQ*) in Deutschland. Wir werden einen nationalen Aktionsplan gegen Homo-, Bi-, Trans- und Interphobie und Gewalt gegen LSBTIQ* einführen und uns auch auf europäischer Ebene für die Ächtung solcher Diskriminierung stark machen. Wir fördern den Kampf gegen Gewalt und Diskriminierung, die sich gegen queere Menschen richtet - in Deutschland und der Europäischen Union. Unser Ziel ist die rechtliche Absicherung von LSBTIQ*-Familien und Trans* und Inter*Personen.</p> <p>Darüber hinaus werden wir die Arbeit der Antidiskriminierungsstelle des Bundes stärken und das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz modernisieren.</p>
<p>Forschung über Bisexualität</p>	
<p>Die Forschung hinkt beim Thema Bisexualität hinterher (10). Die Freiheit der Wissenschaft, Forschung und Lehre ist in Artikel 5 des Grundgesetzes verankert. Welche Möglichkeiten, die Forschung zum Thema Bisexualität anzukurbeln, sehen Sie dennoch?</p>	<p>Um auch in Zukunft innovativ zu bleiben, werden wir die Stärken des deutschen Wissenschaftssystems in seiner ganzen Breite und Vielfalt und seiner internationalen Ausrichtung erhalten und weiterentwickeln. Wir haben den Zielwert gesamtstaatlicher, also öffentlicher und privater Ausgaben für Forschung und Entwicklung, von drei Prozent des BIP bereits in den vergangenen Jahren übertroffen und wollen ihn weiter auf mindestens 3,5 Prozent steigern. Wir setzen uns darüber hinaus für eine verbesserte Grundfinanzierung der Hochschulen durch den Bund ein. Wir konnten bereits mit dem Zukunftsvertrag „Studium und Lehre stärken“ die Mittel für die Hochschulen in Deutschland deutlich erhöhen. Diesen Weg wollen wir fortsetzen und die Grundfinanzierung der Hochschulen weiter stärken. All dies wird</p>

	<p>zur Stärkung der gesamten Forschungslandschaft in Deutschland beitragen, die sich vor dem Hintergrund der Forschungsfreiheit vielfältigen Themen - unter anderem auch der Forschung zu Bisexualität - widmen kann.</p>
<p>Initiativen für bisexuelle Sichtbarkeit</p> <p>Sichtbarkeit ist für Bi+ zentral (11). Es gibt in Schleswig-Holstein eine Initiative hierzu (12-13), in Australien eine Rede zum Tag der Bisexualität (23.9.) (14), den 1. Bi+Pride in D 2021 mit Bi-Flaggen-Hissungen, Workshop und Demonstration: bipride.de. Welche Aktionen werden Sie wie unterstützen?</p>	<p>Der SPD ist es ein zentrales Anliegen, überall für gleiche Rechte, volle Akzeptanz und mehr Sichtbarkeit queerer Menschen zu sorgen. Die gleichberechtigte Teilhabe aller Geschlechter und Identitäten ist ein Gewinn für die ganze Gesellschaft. Alte Rollen- und Denkmuster müssen aufgebrochen werden. Wir setzen uns auf allen Ebenen für mehr Sichtbarkeit Bisexueller ein. Zum Internationalen Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie (2021) haben wir eine entsprechende Resolution verabschiedet.</p> <p>Die SPDqueer – Arbeitsgemeinschaft der SPD für Akzeptanz und Gleichstellung - vertritt die Interessen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen und allen, die sich der queeren Community zugehörig fühlen. Die Arbeitsgemeinschaft leistet Aufklärungsarbeit in und außerhalb der SPD. SPDqueer baut Vorurteile ab, kämpft für gesellschaftliche Akzeptanz und volle Gleichstellung.</p>
<p>Schutz vor Hass(gewalt)</p> <p>Sexualaufklärungs-Gegner gefährden Kinder (15), finden aber in d. Politik Gehör (16). Politiker*innen äußern sich LSBTI*-feindlich (17-18). Sachverständige fordern Initiativen gg. Hasskriminalität gegen LSBTI* (19). Was tun Sie konkret gegen Menschenrechtsfeindlichkeit und für den Schutz von Bi+?</p>	<p>Mit einem nationalen Aktionsplan werden wir Homo-, Bi-, Trans- und Interfeindlichkeit und Gewalt gegen LSBTIQ* konsequent bekämpfen. Diskriminierung und Hetze zeigen wir überall die rote Karte.</p> <p>Auch im Netz benötigen wir ein konsequentes Vorgehen gegen Hasskriminalität. Zur Verfolgung von aus</p>

	<p>dem oder im Internet begangenen Straftaten braucht es technisch und personell hinreichend ausgestattete Strafverfolgungsbehörden. Bei hinreichenden tatsächlichen Anhaltspunkten auf eine Straftat müssen Verdächtige identifiziert werden können. Wir werden die nationalen Schutzvorschriften im Strafgesetzbuch und Netzwerkdurchsetzungsgesetz weiterentwickeln und setzen uns für verbindliche Regelungen auf europäischer Ebene (Digital Service Act) ein. Organisationen, die gegen Hass und Hetze im Netz aktiv sind, sichern wir unsere Unterstützung zu.</p>
<p>Rat von Expert*innen zu Blutspenden, TSG, Grundgesetz für alle usw.</p>	
<p>LSBTI* werden weiter diskriminiert oder noch ungenüg. geschützt: Blutspenden, Transsexuellenges., Grundges. für alle, Anerkennung gem. Elternschaft, geschlechtsangl. OPs an inter* Kindern, Konversionstherapien (20-28). Werden Sie vermehrt auf d. Rat v. Expert*innen hören und Menschenrechte umsetzen?</p>	<p>Die SPD sorgt für einen kontinuierlichen Austausch mit Expert*innen. Wir werden u.a. ein modernes Abstammungsrecht schaffen. Wir setzen uns für gleiche Rechte von gleichgeschlechtlichen Partner*innen in der Ehe, insbesondere bei Adoptionen, ein. Wir wollen, dass trans-, inter- und nicht binäre Menschen im Recht gleichbehandelt werden, deshalb werden wir das Transsexuellengesetz reformieren. Kein Gericht sollte künftig mehr über die Anpassung des Personenstandes entscheiden. Psychologische Gutachten zur Feststellung der Geschlechtsidentität werden wir abschaffen. Das Diskriminierungsverbot wegen der geschlechtlichen und sexuellen Identität werden wir in Artikel 3 Absatz 3 Grundgesetz aufnehmen.</p> <p>Es darf keine Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung geben. Das gilt auch für die Blutspende. Deshalb sehen wir die bisherigen Regelungen der Richtlinie Hämotherapie der</p>

Bundesärztekammer zur Zurückstellung von Spender*innen äußerst kritisch. Wir haben die Bundesärztekammer beauftragt, die Hämotherapierichtlinie hinsichtlich ihrer Vereinbarkeit mit neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen zu überprüfen. Die Ergebnisse der Prüfung liegen vor und sind eindeutig: Für ein HIV-Risiko bei der Blutspende ist das individuelle sexuelle Risikoverhalten entscheidend und nicht etwa die sexuelle Orientierung. Das ist nun schnellstmöglich und eindeutig durch die Bundesärztekammer klarzustellen, damit endlich gleiche Rechte für Spender*innen unabhängig von der sexuellen Orientierung geschaffen werden und gleichzeitig die Sicherheit von Blut- und Blutbestandteilen in Deutschland gewährleistet bleibt.

Um das Recht von Kindern auf geschlechtliche Selbstbestimmung zu schützen und sie vor unnötigen Behandlungen an den Geschlechtsmerkmalen zu bewahren, haben wir geregelt, dass Behandlungen, die warten können, bis das Kind selbst einwilligungsfähig ist, in Zukunft unterbleiben. Dies gilt auch, wenn die Eltern einen solchen Eingriff befürworten. Eine Einwilligung der Eltern ist nur dann möglich, wenn der Eingriff nicht bis zu einer selbstbestimmten Entscheidung des Kindes aufgeschoben werden kann.

Im Mai 2020 haben wir nach einer umfangreichen öffentlichen Anhörung von Expert*innen ein Gesetz zum Schutz vor Konversionsbehandlungen beschlossen. Das Gesetz verbietet Konversionsbehandlungen an Minderjährigen generell. Bei Erwachsenen sind solche Behandlungen verboten, wenn

die Betroffenen über den therapeutischen Nutzen der Behandlung getäuscht oder nicht hinreichend über Risiken und die nicht bewiesene Wirksamkeit aufgeklärt worden sind. Die Durchführung einer Konversionstherapie bei einem Erwachsenen darf auch nicht durch Drohung erzwungen werden. Auch ein Volljähriger kann nicht wirksam in eine wie auch immer geartete psychische oder physische Behandlungsmaßnahme einwilligen, wenn er dazu in irgendeiner Weise genötigt worden ist. Auch jedes Werben, Anbieten und Vermitteln von Konversionstherapien ist untersagt und strafrechtlich sanktioniert.